

Ratsanfrage der Fraktion DIE LINKE. v. 16.3.2011

(Mitglieder rechter Gruppierungen als ehrenamtliche Helfer beim Zensus 2011)

Zur o.g. Ratsanfrage nehme ich wie folgt Stellung:

- **Welche Maßnahmen hat die Stadt Aachen getroffen, um qualifizierte ehrenamtliche Helfer für den Zensus zu finden ?**

Bei der Gewinnung der Erhebungsbeauftragten wurde zunächst auf Personen, die von ihrer Wahlhelfertätigkeit her bekannt sind, und auf Bedienstete der Stadtverwaltungen der Städteregion Aachen zugegangen. Weiterhin konnten Erheber, die bereits im Auftrag des Landesbetriebes Information und Technik NRW (IT NRW) für den Mikro-Zensus eingesetzt sind, gewonnen werden. Weitere Personen haben sich nach Pressemitteilungen zum Zensus gemeldet.

Alle Interviewer werden bei der Bestellung schriftlich verpflichtet, ihre Tätigkeit nicht für andere Zwecke als die des Zensus zu nutzen. Sie werden außerdem schriftlich auf das Statistikgeheimnis und die Geheimhaltung aller weiteren Erkenntnisse verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Erhebungstätigkeit bekannt werden. Verstöße gegen die Pflicht zur Geheimhaltung haben strafrechtliche Folgen.

Die Erhebungsbeauftragten werden bei der Schulung, an der sie verpflichtet sind teilzunehmen (ohne Schulung keine Erhebertätigkeit), mündlich auf die vorgenannten Regelungen besonders hingewiesen. Sie werden außerdem informiert, dass Stichprobenkontrollen bei den befragten Haushalten durch die Erhebungsstelle durchgeführt werden (tel.). Im Rahmen einer Wiederholungsbefragung bei zufällig ausgewählten Haushalten führt IT NRW eine Qualitätskontrolle mit anderen Erhebem durch, bei der Unregelmäßigkeiten aufgedeckt werden können.

- **Hat die Verwaltung Kenntnis von der Strategie neonazistischer Gruppen, sich als Mitarbeiter beim Zensus zu melden und sind konkret in Aachen solche Aktivitäten bekannt ?**

Durch die Presse, Informationen vom Städtetag und IT NRW. Aktivitäten in Aachen sind nicht bekannt.

- **Welche Maßnahmen wurden bzw. werden getroffen, um eine parteipolitische Einflussnahme insbesondere durch rechte Gruppierungen zu verhindern ?**  
s. erste Antwort.